

Zeitschrift: Schweizer Revue : die Zeitschrift für Auslandschweizer
Herausgeber: Auslandschweizer-Organisation
Band: 34 (2007)
Heft: 4

Artikel: Eidgenössische Wahlen 2007 : Parlamentswahlen sind auch Bundesratswahlen
Autor: Lenzin, René
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-911626>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 06.02.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>



Kandidaten aus dem Ausland

Noch nie haben sich so viele Schweizer Stimmbürger, die im Ausland leben, als Kandidaten für den Nationalrat aufstellen lassen. Unter ihnen befinden sich auch vier profilierte Mitglieder des Auslandschweizererrates.



Peter Simon Kaul, geboren 1956, selbstständiger Kaufmann in Dresden, kandidiert für die SVP im Kanton Zürich. Er ist verheiratet und Vater von vier Kindern. Seine Gründe für die Kandidatur: «Meine Kandidatur wird mithelfen, die Anliegen der Auslandschweizer innerhalb der Parteien und der Schweizer Bevölkerung bekannt zu machen, das Verständnis füreinander zu fördern und zu verstärken. Es gilt Brücken zu bauen, aufeinander zuzugehen, Erfahrungen auszutauschen und zu schauen, wie wir unsere im Ausland erworbenen Fähigkeiten am besten für unser gemeinsames Heimatland Schweiz einsetzen können. Die Schweiz steht als unabhängiger, selbstständiger und souveräner Staat in einer zunehmend globalen Welt vor grossen Herausforderungen. Unsere im Ausland erworbenen Erfahrungen und Kenntnisse können wir der Schweiz noch besser zur Verfügung stellen. Einen Auslandschweizersitz im Nationalrat würde uns dabei sehr helfen. Wir bekämen die Möglichkeit, über einen direkten Draht in die politischen Entscheidungsgremien der Schweiz zu verfügen und die Parlamentarier aus erster Hand zu informieren. Diese Aussicht ist für mich die Hauptmotivation, in meinem Heimatkanton Zürich für den Nationalrat zu kandidieren.»



Edgar Studer, geboren 1940, verheiratet und Vater von drei Kindern, lebt seit 1997 in Finchampstead, England, und war früher unter anderem Leiter des Sozialversicherungsamtes in Schaffhausen. Studer kandidiert für die SVP in Schaffhausen. Als früheres Mitglied des Einwohnerrates von Neuhausen am Rheinfall, begründet er seine Kandidatur so: «Im Auslandschweizererrat fällt mir immer wieder auf, dass die Politiker schöne Worte an uns richten und betonen, wie wertvoll wir für das Ansehen der Schweiz im Ausland sind. Der politische Alltag sieht leider anders aus. So wurde zum Beispiel die freiwillige AHV mit

fragwürdigen Argumenten für Auslandschweizer im EU-Raum ersatzlos gestrichen. Auch Konsulate werden und wurden ohne Ersatz geschlossen und die Präsenz der Schweiz im Ausland eingeschränkt und geschwächt. Für die in aller Welt tätigen Schweizer Unternehmen ist dieses Vorgehen destruktiv. Zudem kann es uns Auslandschweizern nicht gleichgültig sein, was in unserer alten Heimat politisch passiert. Ist es nicht so, dass gerade wir Auslandschweizer aus der Ferne Entwicklungen und Zusammenhänge klarer erkennen und verstehen können? Wir Auslandschweizer wollen dazu beitragen, Freiheit und Demokratie in der Schweiz zu erhalten. Dafür stehe ich ein.»



Rolf Schudel, geboren 1943, geschieden und Vater einer Tochter, ist selbstständiger Unternehmer in Südafrika und Präsident der SVP International. Eines von Schudels Hauptanliegen ist das Ansehen der Schweiz im Ausland. Als Nationalrat möchte sich der gebürtige Baselbieter für eine selbstbewusste Aussenpolitik und die Beibehaltung des Bankundengeheimnisses einsetzen. Schudel ist sich bewusst, dass es für Auslandschweizer aufgrund des Wahlmodus sehr schwierig ist, in den Nationalrat gewählt zu werden. Deshalb möchte er eine Wahlkreisreform, mit der auch die Fünfte Schweiz eigene Wahlkreise erhalten würde. Damit könnte die heutige Benachteiligung beseitigt werden.

Wie kurz vor Redaktionsschluss zu erfahren war, hat sich mit dem gebürtigen Genfer Ron Favarger ein weiteres Mitglied des Auslandschweizererrates als Kandidat zur Verfügung gestellt. Favarger lebt als selbstständiger Unternehmer in Kanada und kandidiert für die SVP des Kantons Genf.

Vor Druckbeginn dieser Ausgabe der «Schweizer Revue» war bekannt, dass die SVP in den Kantonen Schaffhausen, Genf und Zürich mit je einer Auslandschweizerliste in den Wahlkampf gehen wird.

Für die SVP kandidieren: Zürich: Peter Simon Kaul (51), Kaufmann, Radebeul,

Deutschland / Inge Schütz (57), Leiterin der Handelsabteilung der Schweizerischen Botschaft in Stockholm, Schweden / Mario Valli (61), Generalmanager, Edenvale, Südafrika / Hans Peter Bieri (42), Leiter Visadienst Schweizerische Botschaft in Kairo, Downtown Cairo, Ägypten / Walter Müller (62), Unternehmer, Greenpoint Capetown, Südafrika / Ueli Maurer jr. (29), Business Manager, Borgen, Norwegen / Karl Bachmann (54), Rettungssanitäter, Tranva, Kroatien / Yvonne Ochser (44), Restaurantbesitzerin, Whitehorse Y.T., Kanada / Hubert Brumann (55), Unternehmer im Computerbereich, East London, Südafrika / Markus Ströckli (38), Verkaufsfachmann für Bolivien, Chile und Peru, Quito, Ecuador / Dr. Nicolas Szita (37), Universitätsdozent, London, Grossbritannien / Heinz Moll (56), Journalist, Prag, Tschechische Republik / Norbert Ehrbar (47), Gastronomieexperte, Ho Chi Minh-City, Vietnam.

Schaffhausen: Rolf B. Schudel (63), Unternehmer, Präsident SVP International, Vico Morcote, Schweiz (sonst in Südafrika ansässig) / Edgar Studer (67), ehemals Fürsorgesekretär, Berks, Grossbritannien.

Genf: Ron Favarger (71), Unternehmer, Toronto, Kanada / Dominique Miglio (41), Hotelbesitzer, Bangkok, Thailand / Pierre Goldschmidt (74), ehemals Unternehmer, Brunoy, Frankreich.

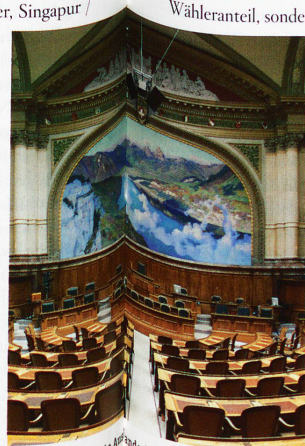
In Zürich wird auch die FDP International mit einer eigenen Liste antreten.

Für die FDP International kandidieren: Helen Freiermuth (49), Ausbilderin, Gainesville, USA (ab Sommer in Kanada) / Gil Schneider (49), Unternehmer, Singapur / Hansueli Meili (45), Unternehmensberater, Yogyakarta, Indonesien / Urs Wäfler (28), Softwareingenieur, Indien (ab Sommer in der Schweiz).

Für die CVP Bern kandidiert: Felix W. Niederhauser (57), Exportleiter, Rotterdam, Holland.

Für die Grünen Freiburg kandidiert: Raphaël Thiérmard (38), Kommunikationsverantwortlicher Ecolo, Ausbilder Etopia, Neufchâteau, Belgien.

Die aktualisierten Listen der Auslandschweizer-Kandidaten für die eidgenössischen Wahlen finden Sie auf www.aso.ch



Wann sitzt der erste Auslandschweizer im Parlament?



Parlamentswahlen sind auch Bundesratswahlen

Ein Zwei-Kammer-System nach amerikanischem Vorbild und eine Regierung, in der die wichtigsten Parteien angemessen vertreten sind. Das sind die Hauptmerkmale des politischen Systems der Schweiz. Zwar wählt das Volk die Mitglieder der Regierung nicht direkt, aber es entscheidet über die parteipolitische Zusammensetzung des Bundesrats. Von René Lenzin

Das politische System der Schweiz zeichnet sich durch Stabilität aus. Seit Einführung des Proporzwahlrechts im Jahr 1919 haben die vier heutigen Regierungsparteien – Christlichdemokraten, Freisinnige, Sozialdemokraten und Schweizerische Volkspartei – zusammen fast immer einen Wähleranteil von 80 und mehr Prozent erzielt. Allerdings hat es in den vergangenen 16 Jahren markante Verschiebungen innerhalb der Bundesratsparteien gegeben: Die SVP hat ihren Wähleranteil zwischen 1991 und 2003 mehr als verdoppelt und ist von der Juniorpartnerin zur stärksten Partei geworden. Konstant verloren haben im gleichen Zeitraum CVP und FDP, während die SP leicht zulegen konnte und wieder auf den Stand kam, den sie in den 1970er-Jahren hatte.

Die Wahlerfolge der Volkspartei haben zum Ende jener Zauberformel geführt, die seit den 1950er-Jahren galt. Die SVP schnappte der CVP einen Sitz im Bundesrat weg. Statt 2 CVP, 2 FDP, 2 SP, 1 SVP lautet die Zusammensetzung seit 2003 1 CVP, 2 FDP, 2 SP, 2 SVP. Der Bundesrat soll, so die Idee hinter der Formel, die Stärke der Parteien abbilden. Aber dabei zählt nicht nur der Wähleranteil, sondern die Anzahl der Sitze

in der Bundesversammlung. Weil CVP und FDP im Ständerat traditionell mehr Sitze haben, als es ihrem Wähleranteil in den Nationalratswahlen entspricht, behalten sie trotz stetigen Verlusten ein überproportionales Gewicht im Parlament.

Wenig Regeln für die Wahl

Im Gegensatz zu den Kantonen werden die Mitglieder der

nationalen Regierung nicht vom Volk gewählt, sondern vom Parlament. Weil die Gesamterneuerungswahlen des Bundesrats in der ersten Session nach den Nationalratswahlen stattfinden, sind letztere auch ein indirektes Plebiszit über die Regierungszusammensetzung. Mit der zunehmenden Polarisierung und Personalisierung der Politik hat diese Funktion der Legislativwahlen gar noch zugenommen. Parlamentswahlen sind auch Bundesratswahlen, liess sich etwas zugespitzt sagen.

Die Formel für die Regierungszusammensetzung ist in keinem Erlass festgeschrieben. Im Grunde wäre die Bundesversammlung frei, auch Vertreter anderer Parteien oder Parteilose zu wählen. Vorgegeben sind einzig gewisse Rahmenbedingungen: So sagt die Verfassung, es sei «darauf Rücksicht zu nehmen, dass die Landesgegenden und Sprachregionen angemessen vertreten sind». Im Moment sitzen fünf Deutschschweizer und zwei Romands in der Regierung, aber kein Vertreter der italienischen Schweiz. Mit Christoph Blocher und Moritz Leuenberger stammen erstmals zwei Bundesräte aus dem gleichen Kanton (Zürich), nachdem die entsprechende Verbotsklausel mit der revidierten Verfassung abgeschafft worden ist.

Im Gesetz geregelt ist, wie die Bundesratswahlen ablaufen: «Die Sitze werden einzeln und nacheinander besetzt, in der Reihenfolge des Alters der bisherigen Amtsinhaberinnen oder Amtsinhaber. Sitze, für die bisherige Mitglieder des Bundesrates kandidieren, werden zuerst besetzt.» Diese Einzelwahl gerät immer wieder in die Kritik, weil sie zu Abmachungen zwischen einzelnen Frak-

tionen und zu entsprechenden Revancheaktionen der anderen führen kann. Als Alternative wird eine Listenwahl vorgeschlagen, mit der die Bundesversammlung alle sieben Bundesräte auf einmal bestimmen müsste. Bisher hat sich aber noch keine Mehrheit für eine Änderung des Wahlsystems ergeben.

Ebenfalls regelmässig aufs Tapet kommt die Volkswahl des Bundesrats. Vor allem die SVP hat mit einer entsprechenden Volksinitiative geliebäugelt, als sie trotz Wahlgewinnen keinen zweiten Sitz im Bundesrat erhielt. Seit der Kür von Christoph Blocher hat sich dieses Problem für die SVP jedoch erledigt. Die grösste Schwierigkeit bei einer Volkswahl bestände wohl darin, die angemessene Vertretung der Landesgegenden und Sprachregionen zu gewährleisten.

Ständerat – Schutz oder Privileg?

Die Nationalratswahlen finden gesamtschweizerisch am selben Tag statt, mit den 26 Kantonen als Wahlkreise. Die Sitze werden gemäss Einwohnerzahl auf die Kantone verteilt. Am meisten Nationalrätinnen und Nationalräte stellen Zürich (34), Bern (26) und Waadt (18), am wenigsten die beiden Appenzell, Glarus, Nidwalden, Obwalden und Uri (je 1). Die Ständeratswahlen sind hingegen kantonal geregelt. In den meisten Kantonen finden sie am gleichen Tag statt wie die Nationalratswahlen. Ausnahmen bilden etwa Zug oder Appenzell Innerrhoden, das seinen Ständerat nicht an der Urne, sondern an der Landsgemeinde bestimmt. Die beiden Kammern der Bundesversammlung sind gleichberechtigt. Das bedeutet, dass Erlasse nur in Kraft treten können, wenn sie von beiden Räten verabschiedet worden sind.

Insurat

Rente ~~oder~~ und Kapital

Der Anlageplan RentenTIP® erhält Ihr Kapital und sichert Ihnen ein regelmässiges Einkommen in Form einer Rente in der Höhe von 6,5% pro Jahr Ihres investierten Kapitals*. Verlangen Sie unsere Unterlagen oder ein persönliches Gespräch.



Wir freuen uns auf Ihren Anruf.

*Beispiel: Eine Einlage von €250'000.- ergibt Auszahlungen von €16'250 pro Jahr.

ProTIP Financial Products AG
Hauptstrasse 36A
CH-8546 Islikon

Telefon +41 052 369 05 65
Telefax +41 052 369 05 68
info@protip.ch www.protip.ch





Was die Parteien versprechen

«Mein Zuhause – unsere Schweiz» – unter diesem Motto führt die SVP den Wahlkampf 2007. Die SVP setzt sich ein für eine blühende Wirtschaft, die sichere Arbeitsplätze schafft, für tiefere Steuern und weniger Bürokratie sowie für eine demokratische, eigenständige und weltoffene Schweiz, die sich nicht nur auf die EU fixiert. Kriminalität ist konsequent zu bekämpfen; die Sicherheit der Bevölkerung ist überall zu gewährleisten. Den Asylmissbrauch, aber auch den Missbrauch der Sozialwerke bekämpft die SVP an vorderster Front.

Die SP Schweiz steht für eine soziale, offene und ökologische Schweiz ein. Soziale Gerechtigkeit und Chancengleichheit für alle sind zentrale Anliegen. Dazu braucht es etwa eine bessere Vereinbarkeit von Beruf und Familie. Die SP setzt sich für eine aktive und solidarische Aussenpolitik ein und befürwortet baldige Beitrittsverhandlungen mit der EU. In der Klimapolitik braucht es die Förderung von erneuerbaren Energien und Energieeffizienz. Die Lenkungsabgabe auf Brennstoffen haben wir bereits durchgesetzt, jene auf Treibstoffen streben wir an.

Die FDP will die Schweiz bewegen. Dafür hat sie vier Projekte erarbeitet, die für die Zukunft der Schweiz von zentraler Bedeutung sind:

Die intelligente Schweiz – Investition in Talent, Neugier, Ideen

Die wachsende Schweiz – wirtschaftlich, menschlich, kreativ

Die gerechte Schweiz – mehr Chancen für alle

Die offene Schweiz – Integration und Vernetzung

Was will Ihre Partei in den nächsten vier Jahren im Parlament erreichen?

Die SVP will die Schweiz zurück auf den Erfolgsweg führen. Eine Senkung der Steuern und der Staatsausgaben, die Sanierung der Sozialwerke, die Bekämpfung des Asyl- und Sozialmissbrauchs sowie optimale Rahmenbedingungen für den Wirtschaftsstandort stehen im Zentrum. Die Schweiz muss sich wieder auf ihre freiheitlichen Grundsätze besinnen: Fleiss und Eigenverantwortung statt Abhängigkeit vom Staat. Die SVP setzt sich überzeugt für die Bewahrung der demokratischen Mitwirkungsrechte der Bevölkerung ein.

Soziale Schweiz: Ausbau der familienergänzenden Betreuungsstrukturen, Lehrstellen-Offensive, Sicherung der Sozialwerke, ein flexibles Rentenalter, das sich alle leisten können, und bezahlbare Krankenkassenprämien.

Offene Schweiz: Aktive Rolle in der UNO, Erhöhung der öffentlichen Beiträge für Entwicklungszusammenarbeit, Aufnahme von Beitrittsverhandlungen mit der EU.

Ökologische Schweiz: Einspeisevergütung auf erneuerbaren Energien, Massnahmen zur Förderung der Energieeffizienz, CO₂-Lenkungsabgabe, keine neuen AKW.

Wissen prägt unsere Zukunft und schafft Wohlstand (zum Beispiel dank Förderung der Forschungsfreiheit)
Steuerwettbewerb – tiefe Steuern – einfaches Steuersystem
Tiefe Konsumentenpreise dank Wettbewerb
Eine umwelt- und klimafreundliche Politik
Beruf und Kinderwunsch vereinbar machen – familienergänzende Kinderbetreuung
Stärken der Älteren nutzen: Anreize für eine längere Teilnahme am Arbeitsleben

Weshalb sollen Auslandschweizerinnen und Auslandschweizer ausgerechnet Ihre Partei wählen?

Die SVP setzt sich ein für die Anliegen der Auslandschweizer, welche auch im Nationalrat vertreten sein sollen. Mit mehreren eigenen Listen bietet die SVP International im Wahlkampf der Fünften Schweiz eine Plattform und jede nötige Unterstützung. Die Erhaltung der schweizerischen Werte und das Engagement für eine freie und unabhängige Schweiz stehen im Zentrum unseres Wirkens. Weltoffenheit, Eigenverantwortung und Wettbewerb – dafür steht die SVP. Wer für die Schweiz einsteht und unser Land voranbringen will, hat darum am 21. Oktober nur eine Wahl: SVP.

Die SP ist die Partei, die für eine aktive und solidarische Aussenpolitik steht. So hat die SP in den ökonomisch-politischen Abstimmungen der vergangenen Legislatur (Schengen/Dublin, Personenfreizügigkeit, Ostzusammenarbeit) den Ausschlag gegeben. Unsere Aussenministerin Micheline Calmy-Rey vertritt diese Anliegen konsequent im Bundesrat. Mit parlamentarischen Vorstössen fordert die SP eine bessere Repräsentation der Auslandschweizerinnen und Auslandschweizer, etwa mit einer zugesicherten Vertretung im eidgenössischen Parlament.

Die FDP setzt sich aktiv für die Interessen von Auslandschweizerinnen und Auslandschweizer ein. Dank der FDP profitieren zum Beispiel Auslandschweizerinnen und Auslandschweizer im EU-Raum von der Personenfreizügigkeit. Ausserdem engagieren wir uns für eine rasche Einführung von E-Voting. Die FDP Schweiz International, die Auslandschweizersektion der FDP, vergibt jährlich den Auslandschweizer-Preis an eine Persönlichkeit, welche sich für die Anliegen der Auslandschweizerinnen und Auslandschweizer ausserordentlich eingesetzt hat. Mit der Vergabe dieses Preises soll die Schweizer Bevölkerung auf die Bedeutung der Fünften Schweiz aufmerksam gemacht werden.



Für eine familienfreundliche Schweiz

Für eine Schweiz mit Vollbeschäftigung

Für eine sozial sichere Schweiz

Für eine ökologisch nachhaltige Schweiz



1. **Klimapolitik:** Wir wollen weg vom Öl und den Atomausstieg und bis 2050 den vollständigen Umstieg auf erneuerbare Energien.
2. **Wirtschaftspolitik:** Wir wollen den ökologischen Umbau der Wirtschaft, mehr Investitionen in umweltfreundliche Technologien.
3. **Chancengleichheit:** Gleiche Rechte und Chancen für Frauen und Männer, Chancengleichheit für alle in Schule und Ausbildung.
4. **Friedenspolitik:** Wir wollen ein Verbot von Kriegsmaterialexporten und eine verstärkte Entwicklungszusammenarbeit.

Steuerliche Entlastung der Familien, Vereinbarkeit von Familie und Beruf: Tagesschulen und familienexterne Kinderbetreuung. Die Unternehmer sind gefordert: Telearbeitsplätze, Teilzeitarbeit für Kader, Mutter- und Vaterschaftsurlaub.

Der Standort Schweiz braucht offene Exportmärkte, ein flexibles Arbeitsrecht, Innovationskraft, ein international attraktives Steuerklima, erstklassige Infrastrukturen und ein erstklassiges Bildungsniveau. Wir müssen die Sozialwerke an die gesellschaftlichen Veränderungen anpassen. Wir setzen im Klimaschutz auf Energieeffizienz und neue Technologien.

Mit Parteipräsident Christoph Darbellay und Bundesrätin Doris Leuthard verkörpert die CVP den liberal-sozialen Aufbruch in der Schweiz. Wer eine familienfreundliche Schweiz, eine Schweiz mit Vollbeschäftigung, eine sozial sichere Schweiz und eine ökologisch nachhaltige Schweiz will, der wählt CVP. Die CVP nimmt die Anliegen der Fünften Schweiz ernst und fordert im Gegenzug eine aktive Teilnahme. Kandidaten für die Nationalratswahlen aus der Fünften Schweiz sind bei uns willkommen: www.cvp.ch.

Das Wichtigste sind Massnahmen gegen den Klimawandel: griffige Instrumente für die Förderung von Energieeffizienz und erneuerbaren Energien sowie die Einführung einer umfassenden Lenkungsabgabe. In der Sozialpolitik wollen wir Massnahmen zur Überwindung der (Jugend-)Arbeitslosigkeit und eine Stärkung der AHV mit einem flexiblen Rentenalter ab 62. Und das Parlament soll eine Aussenpolitik definieren, die Menschenrechte sowie soziale und ökologische Spielregeln für die Globalisierung fördert.

Grün ist die Farbe des 21. Jahrhunderts. Die Grünen setzen sich für den Schutz unseres Planeten und die Menschenrechte ein. Wer die Gletscher und die schönen Landschaften der Schweiz erhalten will, wählt grün. Wer möchte, dass die Schweiz auch in Zukunft gute öffentliche Verkehrsmittel sowie ein gutes Bildungs- und Gesundheitssystem haben wird, gibt den Grünen die Stimme. Kurz, wer die Schweiz ökologisch, sozial und weltoffen mitgestalten will, wählt die Grünen.



Die EVP will eine lebenswerte Schweiz sichern durch *gestärkte Familien*. Die EVP will Familien finanziell entlasten und wo nötig unterstützen. Sie setzt dazu auf ein Kindergeld, welches alle anderen Zahlungen und Abzüge ersetzt und mittels Steuern finanziert wird. Gleichzeitig will sie die Diskriminierung der Ehepaare durch ein Steuersplitting und individuelle AHV-Renten beseitigen.

Gerechte Wirtschaft. Wir wünschen uns einen gerechten Umgang mit Geld: Schuldenabbau, faire Löhne zuoberst und zuunterst, ein einfaches Steuersystem ohne Löcher und ein gerechter Handel sind die Stichworte.

Gesunde Umwelt. Die EVP möchte die Abhängigkeit der Schweiz von nicht erneuerbaren Energieträgern rasch verringern. Dazu setzt sie auf eine ökologische Steuerreform und eine CO₂-Abgabe auch auf Treibstoffen. Intakte Lebensräume sind eine Investition in die nächsten Generationen. Darum braucht es Massnahmen gegen die Übernutzung und Zersiedelung der Landschaft.

Die EVP versteht sich als Wertepartei. Sie will auf der Grundlage des Evangeliums eine sachbezogene und am Menschen orientierte Politik betreiben. Die EVP ist blockunabhängig und keiner Interessengruppe gegenüber verpflichtet. Das erlaubt ihr, stets das Wohl aller Menschen – auch derjenigen ohne Lobby und der oft vergessenen Schweizerinnen und Schweizer im Ausland – im Auge zu behalten. So setzt sie sich z. B. konsequent gegen die Christenverfolgung und die Armut in der Welt ein oder sie macht sich stark dafür, dass die christlichen Grundwerte der Schweizer Bundesverfassung auch in Zukunft Leitplanken in der Schweizer Politik bilden.



Les libéraux: Die Liberalen setzen auf Bildung, Innovationsfähigkeit und Kreativität. Sie engagieren sich daher vor allem für eine gute Ausbildungsqualität und eine hoch stehende Forschung. Sie befürworten die Steuerkonkurrenz, die eine gute Verwaltung der öffentlichen Gelder gewährleistet und vor Überbesteuerung schützt. Zudem verlangen die Liberalen, dass die direkten Bundessteuern letztlich aufgehoben werden.

Die Liberalen sind immer noch der Ansicht, dass das Schweizer Gesundheitswesen eines der weltweit besten ist. Um den Kostenanstieg zu bekämpfen, treten die Liberalen für die Wiedereinführung des freien Wettbewerbs ein, damit die Versicherten und die Patienten freie Spital-, Arzt- und Krankenkassenwahl haben. In Sachen Asyl- und Ausländerpolitik hat die Liberale Partei immer schon die Haltung vertreten, dass die Asylproblematik mit den Partnern der Europäischen Union koordiniert werden muss. Gleichzeitig soll die Schweiz aber verhindern, dass ihre Gastfreundschaft missbraucht wird.

Die Schweizerinnen und Schweizer im Ausland stellen für unsere Partei eine bedeutende Wählergruppe dar, denn wir merken, dass viele von ihnen die liberalen Werte Freiheit und Verantwortung teilen. Wir sind zudem darum bemüht, die Möglichkeiten der Auslandschweizer zu verbessern, ihre staatsbürgerliche Verantwortung auszuüben. Es ist nämlich Sache der Parlamentarier, sich deren Interessen anzunehmen. Die Liberalen befürworten ausserdem, dass die Auslandschweizer über Internet abstimmen können.